UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Die konzertierte Aktion im Spannungsfeld der 1970er-Jahre: Geburtsstunde des Modells Deutschland und Ende des modernen Korporatismus

Andrea Rehling

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Rehling, Andrea. 2011. "Die konzertierte Aktion im Spannungsfeld der 1970er-Jahre: Geburtsstunde des Modells Deutschland und Ende des modernen Korporatismus." In *Nach dem Strukturbruch? Arbeitswelten im Wandel seit den 1970er Jahren*, edited by Ursula Bitzegeio, Jürgen Mittag, and Knut Andresen, 65–86. Bonn: Dietz.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Andrea Rehling

Die konzertierte Aktion im Spannungsfeld der 1970er-Jahre: Geburtsstunde des Modells Deutschland und Ende des modernen Korporatismus

Die aktuelle Finanzkrise hat den Korporatismus wieder in die Diskussion gebracht. Das deutsche Modell, dessen Ende bereits eingeläutet und dessen Erfolge als Illusionen hinterfragt wurden, gilt wieder als erhaltenswert und vorbildlich. War es gerade noch als Problem und Strukturdefizit klassifiziert worden, erlebt es jetzt als Problemlöser eine Renaissance.[1] Durch solche Überlegungen wird eine Debatte um Nutzen und Schaden des Korporatismus wiederbelebt, die sich durch das Ende des *Bündnisses für Arbeit 2003* etwas abgekühlt und bei manchen sogar zu der Diagnose geführt hatte, der Korporatismus sei nun endgültig am Ende.[2] Insgesamt ist die Verknüpfung zwischen der Diagnose, vor einer Krise zu stehen, und der Frage nach der Etablierung eines korporativen Gremiums als Problemlöser keineswegs neu, sondern hat eine Traditionslinie, die vor das Jahr 1880 zurückreicht.[3] Zwischen 1966 und 1977 wurde diese Tradition durch die »*Konzertierte Aktion*« verkörpert, die in der einschlägigen zeithistorischen Literatur in der Regel den 1960er-Jahren zugeschlagen wird.[4] Eine historische Zuordnung, die sicherlich richtig ist, wenn man davon ausgeht,

1 Vgl. Herbert Giersch/Karl-Heinz Paqué/Holger Schmieding, The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany, Cambridge 1994; Norbert Berthold/Rainer Hank, Bündnis für Arbeit. Korporatismus statt Wettbewerb, Tübingen 1999; Kommission trifft Arbeitgebervertreter und Gewerkschaften zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und zur Arbeitsplatzsicherung, in: EUROPA Press Releases, (25.2.2009), [http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/317&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en] (11.1.2010); Sozialpartnerschaften helfen in der Krise, in: EU-Aktuell, 3.2.2009, [http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8274_de.htm] (11.1.2010).

2 Vgl. Wolfgang Streeck/Martin Höpner (Hg.), Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG, Frankfurt a. M. 2003; Wolfgang Streeck, Nach dem Korporatismus: Neue Eliten, neue Konflikte, in: Herfried Münkler/Grit Straßenberger/Matthias Bohlender (Hg.), Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt a. M./New York 2006, S. 149-175.

3 Vgl. Andrea Rehling, Konfliktstrategie und Konsenssuche in der Krise. Von der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Konzertierten Aktion, Baden-Baden 2011, S. 7 ff.

4 Vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005, S. 49-62; Michael Ruck, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 362-401; Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004, S. 15-16.

dass durch sie der Keynesianismus in Form von Karl Schillers Globalsteuerung Einzug in die bundesdeutsche Politik gehalten hat. Insofern ist die konzertierte Aktion ein typisches Exponat der 1960er-Jahre. Sie aber darauf zu beschränken, und nicht zu berücksichtigen, dass sie noch bis 1977 andauerte, und damit sieben Jahre ihres elfjährigen Bestehens unter dem Eindruck der Entwicklungen der 1970er-Jahre standen, würde bedeuten, wertvolle Erkenntnisgewinne, die der Politikmodus Makrokorporatismus gerade auch unter dem Eindruck der gravierenden, epistemischen Veränderungen der 1970er-Jahre liefern kann, zu verschenken. Dadurch, dass an modernen korporativen Gremien neben den staatlichen Akteuren mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden die großen zivilgesellschaftlichen Akteure der Industriegesellschaft beteiligt waren, bündeln sich in der konzertierten Aktion die strukturellen und ideellen Veränderungen nach dem Boom wie unter einem Brennglas.[5]

Im Rahmen dieses Beitrages soll deshalb herausgearbeitet werden, wie sich die ideellen Parameter der konzertierten Aktion und das Gremium selbst, herausgefordert durch die strukturellen Veränderungen, aber auch die neuen Wirklichkeitsinterpretationen, verändert haben. Inwiefern fanden die Systemtheorie, postmaterialistische und postmoderne Theorien oder der Monetarismus sowie die Debatte um die Unregierbarkeit Niederschlag. Es soll nachgezeichnet werden, in welchen Kontexten die jeweiligen neuen Wissensbestände beziehungsweise Situationsanalysen Eingang in die konzertierte Aktion fanden, wie sie von den beteiligten Akteuren rezipiert und in die eigenen Weltdeutungen integriert wurden. Dadurch kann die Frage, ob im Strukturbruch der 1970er-Jahre das Ende des »Jahrhunderts des Korporatismus« eingeläutet wurde.[6] Ebenso beantwortet werden kann, warum die Politikwissenschaft den Korporatismus als Politikmodus zu dieser Zeit erst entdeckte und ihn zum Erfolgsgeheimnis des »Modell Deutschland« erklärte. Im Folgenden werde ich dabei die These vom Strukturbruch in den 1970er-Jahren, wie sie von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael in »Nach dem Boom: Perspektiven der Zeitgeschichte nach 1970« entworfen wurde[7], aufgreifen und am Beispiel der konzertierten Aktion diskutieren. Ausgehend von ihrem ideellen Gründungskonsens wird der Einfluss der Studentenbewegung beziehungsweise der neuen sozialen Bewegungen, die Wirkungsmacht sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Gegenwartsdiagnose sowie die Rolle, die der Strukturwandel spielte, genauer in den Blick genommen.

5 Moderne wird im Folgenden als ambivalente historische Epoche gedeutet. Vgl. u. a. Zygmunt Bauman, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Frankfurt a. M. 1995 und Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

6 Vgl. Philippe C. Schmitter, Still the Century of Corporatism?, in: Philippe C. Schmitter/Gerhard Lehmbruch (Hg.), Trends Toward Corporatist Intermediation, Beverly Hills/London 1979, S. 7-49, hier: 7 ff.

7 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom, gesamt.

Die ideellen Parameter der konzertierten Aktion

Die Entstehung der konzertierten Aktion ist neben der Planungseuphorie der 1960er-Jahre eng verknüpft mit einer ersten Phase der Diskussion über materielle und postmaterielle Orientierungen, die meines Erachtens als Vorläufer der Debatten der 1970er-Jahre zu betrachten ist.[8] Bereits zwischen 1957 und 1960 wurde in der Bundesrepublik Deutschland über die Frage, welche Wertorientierungen nach den materiellen des Wiederaufbaus kommen sollten, heftig debattiert. Zu diesem Zeitpunkt wurden potenzielle postmaterielle Orientierungen vor allem als Problem und Gefahr für die gesellschaftliche Integration erlebt. Es hatte zunehmend das Gefühl an Boden gewonnen, dass der Wiederaufbau abgeschlossen sei. Die Zeitgenossen hatten den Eindruck, ein Wirtschaftswunder erlebt zu haben, dessen Errungenschaften es zu konsolidieren gelte.[9] Dabei waren sie durch die 1958 von dem US-amerikanischen Psychologen Abraham Maslow entwickelte Bedürfnispyramide beeinflusst, die sich Ende der 1950er-Jahre großer Popularität erfreute.[10] Dieses Konzept der humanistischen Psychologie wurde auf die Gesamtgesellschaft übertragen, sodass aus der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung der Schluss gezogen wurde, dass nach der Befriedigung der Defizitbedürfnisse, die durch den Friedensschluss und das Wirtschaftswunder abgedeckt worden seien, nunmehr Selbstverwirklichung sowie postmaterielle Ziele und Werte auf der Tagesordnung ständen. Diesen gelte es durch ein gesellschaftspolitisches Programm Richtung zu geben, um eine Gefährdung der Integration abzuwenden.

Die Bundesregierung unter Ludwig Erhard stellte unter diesen Vorzeichen die »Formierte Gesellschaft« zur Diskussion, der Karl Schiller für die Sozialdemokraten das Konzept einer »Mündigen Gesellschaft« entgegenstellte.[11] Der bundesrepublikanische Diskurs gliederte sich damit in einen transnationalen um das Ende der Nachkriegszeit, die *Affluent Society* und gesellschaftspolitische Orientierungsprogramme wie *New Frontier* und *Great Society* ein.[12] Bei allen Unterschieden hatten die entwickelten Programme die Idee einer wissenschaftsbasierten Steuerung der Gesellschaft hin zu mehr Lebensqualität auf der Basis eines Wertekonsenses gemein.[13] Um das jeweils anvisierte Wertesystem zu vermitteln und die gesellschaftspolitischen Entschei-

8 Vgl. ebd., S. 21-27; Michael Ruck, Ein kurzer Sommer, S. 362-401; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom, S. 61-66.

9 Vgl. Oliver Hüffner, Die Struktur politischer Mythen. Wiedervereinigung und Wirtschaftswunder in den Reden bundesdeutscher Politiker 1949–1969, Opladen 2001.

10 Vgl. Abraham H. Maslow, Motivation und Persönlichkeit, Freiburg i. Br. 1977.

11 Vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 48-49, 201, 312-313; Alexander Nützenadel, Die Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005, S. 282-283; Heinzgerd Schott, Die Formierte Gesellschaft und das deutsche Gemeinschaftswerk. Zwei gesellschaftspolitische Konzepte Ludwig Erhards, Bonn 1982, S. 93-100.

12 John Kenneth Galbraith, The Affluent Society, London 1958.

13 Vgl. John A. Andrew III, Lyndon Johnson and the Great Society, Chicago 1998; James T. Patterson, Grand Expectations. The United States, 1945–1974, Oxford 1996, S. 442-592.

dungen zu implementieren, wurde in Deutschland vorgeschlagen, ein korporatives Gremium zu schaffen, um so die Verbände zur Erhöhung der Integration zu nutzen. Bei Ludwig Erhard sollte diese Funktion der *soziale Dialog* übernehmen, während Karl Schiller den Vorschlag des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufgriff und in sein Konzept der Globalsteuerung einer konzertierten Aktion eingliederte. Trotz dieser funktionalen Parallelen unterschieden sich beide Konzepte in einigen wesentlichen Punkten, die letztlich über ihren politischen Erfolg und Misserfolg entschieden.

Die Regierung Erhard fürchtete, dass die Bevölkerung in der rasanten gesellschaftlichen Entwicklung des wirtschaftlichen, technischen und politischen Wandels im Wiederaufbau abgehängt werden könnte, sollte versäumt werden, den Menschen Orientierung zu geben. Individualisierung wurde als Atomisierung des Individuums gefürchtet: Technischer und industriegesellschaftlicher Fortschritt hätten sich beschleunigt, sodass das Individuum dem Wandel nicht mehr folgen könne und sinnentleert zurückbleibe. Es erleide einen Entfremdungsprozess, durch den die Integration der Gesellschaft gefährdet werde, was wiederum zu einer Gefahr für die Demokratie werden könne. Die moderne Industriegesellschaft galt mit ihren Modernisierungsprozessen also als ein potenzieller Quell sozialer Desintegration. Aus der Debatte um die Vermassung, die bereits in der Weimarer Republik geführt worden war, erwuchs in den späten 1950er-Jahren das »Integrationsproblem moderner Gesellschaften«, das den Begriff der Vermassung fast vollständig ablöste.[14] Die Parameter dieses Problems blieben in ihrer Definition erstaunlich stabil und wirkten auch in den Debatten der 1970er-Jahre nach: Die Ordnung der Gesellschaft ergäbe sich – anders als in traditionalen Gemeinschaften – nicht mehr durch die religiöse Bindung, sondern gleichsam von allein. Integration müsse jetzt politisch bewerkstelligt werden. Orientierung für das Individuum zu schaffen wurde damit als Aufgabe von Politik definiert. Ihr sollte es obliegen, der Desintegration durch ein gesellschaftspolitisches Programm entgegen zu treten. Arnold Gehlen und Helmut Schelsky blieben mit ihrer Technik- und Technokratenkritik sowie mit der Diagnose, der Mensch sei ein *Mängelwesen*, das durch Institutionen Orientierung brauche, aktuell.[15]

Bereits als Bundeswirtschaftsminister hatte Ludwig Erhard zusammen mit seinen Mitarbeitern Alfred Müller-Armack und Rüdiger Altmann aus diesen Theoremen die Notwendigkeit abgeleitet, die zweite Phase des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, das zunehmend als »deutsches [Erfolgs-, A. R.] Modell« gesehen wurde, auf

14 Vgl. u. a. Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 107-127.

15 Vgl. Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Bonn 1956; ders., Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, Frankfurt a. M. 2004; Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart ²1954.

den Weg zu bringen und sich jetzt dem gesellschaftspolitischen Teil zuzuwenden.[16] Ludwig Erhard übernahm die Überlegungen Alfred Müller-Armacks zur Zündung einer zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft. In seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 sah er das Ende der Nachkriegszeit heraufziehen und forderte ein gesellschaftliches Leitbild im Sinne Müller-Armacks ein.[17] Dieses Leitbild versuchte Ludwig Erhard dann im Konzept der *formierten Gesellschaft* zu konkretisieren.[18] Er scheiterte damit in der politischen Landschaft der 1960er-Jahre, weil das Konzept nicht mehr den Standards entsprach, die mit moderner, rationaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Verbindung gebracht wurden. Die »Neuvermessung des politischen Raumes« in der Folge von Prozessen, die als Modernisierung, Westernisierung oder Liberalisierung bezeichnet worden sind, ließ Erhards Konzept und Vorstöße seines Wirtschaftsministers Kurt Schmücker zur Etablierung eines sozialen Dialogs veraltet erscheinen.[19]

In der Person Karl Schillers, dem nachgesagt wurde, als Professor für Wirtschaftswissenschaft und SPD-Politiker die Rationalität der Forschung mit politischem Charisma zu vereinen, schien alle Forderungen nach einer modernen Wirtschaftspolitik und einem modernen Politiker zu erfüllen.[20] Diese zeitgenössische Wahrnehmung schlug sich auch in der Medienberichterstattung nieder. So wurde Kurt Schmücker als Erhards Ziehsohn zwar rezipiert, der Schwierigkeiten habe, in den Schuhen des Vorgängers zu gehen.[21] Gleichzeitig wurde er aber gemeinsam mit Erhard in die Verantwortung für das Ende des Wirtschaftswunders genommen, während es über Karl Schiller hieß, er etabliere eine Verwaltung, die jüngst durch die »Kennedy-Administration als chic [schick]« gelte.[22] Deren Kennzeichen lägen darin, dass sie auf einen

16 Ludwig Erhard, Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 10.11.1965, Bonn 1965, S. 115-141. Vgl. Alfred C. Mierzejewski, Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, München 2005, S. 243-303; Alexander Nützenadel, Stunde, S. 279-280.

17 Alfred Müller-Armack, Studien zur Sozialen Marktwirtschaft, Köln 1960. Vgl. Ludwig Erhard, Regierungserklärung 18.10.1963, in: Regierungserklärungen 1949–1973, zusammengestellt von Peter Pulte, Berlin 1973, S. 118, 141; vgl. auch Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 132-135.

18 Christoph Heusgen, Ludwig Erhards Lehre von der Sozialen Marktwirtschaft. Ursprünge, Kerngehalt, Wandlungen, Bern 1981, S. 225-233; Schott, Formierte Gesellschaft, S. 26-29.

19 Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 31; Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998; Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; Ulrich Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002. Vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 137-138.

20 Vgl. ebd., S. 31.

21 [Kurt Schmücker], Parole Wohlstand, in: Der Spiegel 45 (1963), S. 32-42.

22 Ist das Wirtschaftswunder zu Ende? Wohlstand. Über alles in der Welt, in: Der Spiegel 20 (1966), Nr. 1/2, S. 13-26; [Karl] Schiller. Der Regenmacher, in: Der Spiegel 3 (1967), S. 22-28.

»Brain Trust für Wirtschaftspolitik« zurückgegriffen habe.[23] Damit setzte sich Schiller 1966, sogar in Kreisen der CDU, als der »modernere Politiker« gegen Erhard durch.[24]

Schiller war maßgeblich an den Formulierungen der wirtschaftspolitischen Ziele des Godesberger Programms der SPD beteiligt.[25] Schon seit 1952 trat er für seine Variante eines »freiheitlichen Sozialismus« ein.[26] Auch er sah sein Konzept als »Wirtschaftsordnung des ›*dritten Weges*‹« und damit als Synthese zwischen Liberalismus und Sozialismus, Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft.[27] Er griff damit den bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gebräuchlichen Topos vom *dritten Weg* auf, der als dialektische Synthese die Debatten um die Wirtschaftsordnung seitdem in unterschiedlichen Kontexten begleitete.[28] Explizit stellte er sich in die Tradition der Sozialdemokratie der Weimarer Republik, des Keynesianismus und des Labour-Sozialismus. Implizit integrierte er jedoch auch gewisse elementare neoliberale Ansätze, von denen er für seinen pragmatischen Policymix jeweils spezifische Elemente übernahm, um sich gleichzeitig von anderen abzugrenzen.[29] Er stellte Erhards »Formierter Gesellschaft« sein Konzept einer »Mündigen Gesellschaft« entgegen, zu deren integralem Element er die Globalsteuerung der Wirtschaft und eine (zu dem Zeitpunkt noch klein geschriebene) konzertierte Aktion erklärte. Damit übernahm er Vorschläge des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, deren Expertise für politische Entscheidungen er ausdrücklich als essenziell anerkannte. Er reihte sich in den transnational geführten Diskurs um das »Ende der Ideologien« ein und favorisierte hier eine Strategie der rationalen Planung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.[30] Er leitete so eine Hinwendung zu Pragmatismus

23 Ebd. Vgl. auch Matthias Hochstätter, Karl Schiller – eine wirtschaftspolitische Biografie, Hannover 2006, S. 7.

24 Zum »Kanzlersturz« und Erhards Schwierigkeiten innerhalb der CDU vgl. Dieter Ernst, Der innerparteiliche Kanzlersturz, München 1996; Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 289-297, 356-357; Beatrix W. Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966, Bonn 1990, S. 245-255; Matthias Hochstätter, Karl Schiller, S. 7; Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 49-62; Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition, Bonn 2004, S. 35-88.

25 Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003, S. 353-430; Beatrix W. Bouvier, Godesberg, S. 30-45.

26 Karl Schiller, Der Ökonom und die Gesellschaft, Stuttgart 1964, S. 17.

27 Ebd.

28 Es wäre zu klären, inwiefern es sich bei Anthony Giddens um einen späten Ausläufer dieser Tradition handelt. Vgl. hierzu Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Boom, S. 76-79.

29 Karl Schiller, Ökonom, S. 17-18.

30 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1965/66, Stabilisierung ohne Stagnation, Stuttgart/Mainz 1965, S. 113; Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 315-327; Nützenadel, Stunde, S. 164-174; Tim Schanetzky, Sachverständiger Rat und Konzertierte Aktion: Staat, Gesellschaft und wissenschaftliche Expertise in der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 3 (2004), S. 310-331; Daniel Bell, The End of Ideology, New York 1965; Gabriele Metzler, Am Ende

und Rationalismus ein.[31] Neben der kybernetischen Systemtheorie fanden auch die Entscheidungstheorie und Überlegungen aus der neuen politischen Ökonomie Eingang in das zeitgenössische Denken über Politik und Gesellschaft.[32] Schlüsselkategorie dieses Denkens war die Information, die durch den technischen Fortschritt in immer größerer Zahl verfügbar war und die Grundlage rationalen Verhaltens zu sein schien.[33] Rationalität und Wissenschaftlichkeit beschwor Karl Schiller immer wieder. Auch in seinem Umgang mit den Verbänden spielten diese beiden Kategorien eine große Rolle. Der Unterschied zu älteren Konzepten lag dabei vor allem darin, dass sich die Auffassung, wie das Gemeinwohl legitim zu ermitteln sei, änderte.

In älteren Konzeptionen, wie in denen von Ludwig Erhard, wurde davon ausgegangen, dass sich das Gemeinwohl dem »gesunden Menschenverstand« zwangsläufig, gleichsam natürlich erschließen müsse. Dagegen verbreitete sich zunehmend die Gewissheit, dass das Gemeinwohl einerseits im pluralistischen Prozess erzeugt werde, und andererseits wissenschaftlich durch Modellrechnungen und Spieltheorien näherungsweise und für alle rational nachvollziehbar zu ermitteln sein müsse. Mehr Partizipation der zivilgesellschaftlichen Akteure war in diesem Kontext nicht mehr eine Gefahr für den Staat und das Gemeinwohl, sondern eine Möglichkeit, mehr Informationen zu akkumulieren sowie mehr Zustimmung für politische Entscheidungen zu gewinnen. Sie wurde als Vorteil gewertet. Außerdem wurden Aspekte des Gemeinwohls zunehmend in verschiedene Systemrationalitäten aufgegliedert, sodass nur noch selten auf ein homogen gedachtes Gemeinwohl rekurriert wurde. Das Wirtschaftssystem wurde als untergeordnete Koordinate des Regierungssystems begriffen und deshalb traten vor allem die *gesamtwirtschaftliche Orientierung* und das *gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht* in den Vordergrund.[34] Im Sinne einer Präventionsmaßnahme sollte den Teilnehmern an der konzertierten Aktion im Vorfeld aufgezeigt werden, welche Konsequenzen mögliche Konflikte haben können. Von dem gegenseiti-

---

aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: Historische Zeitschrift 275 (2002), S. 57-103; dies., »Geborgenheit im gesicherten Fortschritt«. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: Mathias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 777-797; Michael Ruck, Ein kurzer Sommer, S. 362-401.

31 Jürgen Habermas, Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Neuwied a. Rhein/Berlin 1963, S. 231-257; Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. II, Tübingen 2003, S. 262-302.

32 Vgl. Hans Albert, Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive, Berlin 1967; Gérard Gäfgen, Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung. Untersuchung zur Logik und ökonomischen Bedeutung des rationalen Handelns, Tübingen 1963; Habermas, Theorie und Praxis, S. 231-257; Hermann Ribhegge, Rationale Einkommenspolitik aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie. Ein Beitrag zur Kooperation in der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1978.

33 Vgl. u.a Karl Steinbuch, Die informierte Gesellschaft. Geschichte und Zukunft der Nachrichtentechnik, Stuttgart 1966.

34 Vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 306-314.

gen Informationsaustausch versprach sich Schiller ein anderes, rationaleres Verhalten. Ziel war so, durch die konzertierte Aktion einen Integrationsprozess einzuleiten, denn, so war Karl Schiller überzeugt: »Rationale Kommunikation und Information integrieren notwendigerweise.«[35] Wenn zwischen den Verantwortlichen für den Wirtschaftsprozess ein ständiger und regelmäßiger kommunikativer Austausch stattfinden würde, hoffte Schiller, Verhaltensweisen vermeiden zu können, die das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht stören könnten.[36]

Die Schiller'schen Grundannahmen, die auch von Sachverständigenrat (SVR), DGB und den Arbeitgeberverbänden geteilt wurden, rückten den Staat (im Dialog mit der konzertierten Aktion) in die Rolle des Primus inter Pares, der mit den Interessengruppen verhandelte und Aufgaben an sie delegierte, aber auch Ratschläge von ihnen annahm. Seine Instrumente waren nicht mehr in erster Linie die Verordnung oder die Anordnung, sondern das bessere Argument, Überzeugungsarbeit und damit eben die sogenannte *Moral Suasion*. Die staatliche Autorität wurde hier als funktionale Autorität gegenüber dem älteren hegelianischen Staatsbegriff neu definiert. Damit hatten sich die Teilnehmer an der konzertierten Aktion aber keineswegs vom essenziellen Gemeinwohl verabschiedet. Denn trotz der Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Gruppen waren sie überzeugt, dass es auf der Grundlage der kollektiven Vernunft möglich sei, zu einem Konsens in den Verhandlungen zu kommen. Sie griffen ein durch Fraenkels Pluralismustheorie geprägtes Politikverständnis auf, das die Gesellschaft durch einen Nukleus nichtkontroverser Maßstäbe zusammengehalten sah und eine alle Gruppen umfassende Wertegemeinschaft für gegeben hielt, eben den Konsens des Gemeinwohls.[37] Vor diesem Hintergrund nahm die konzertierte Aktion am 14. Februar 1967 ihre Arbeit auf. Die Sitzungen liefen in der Regel nach einem gleichbleibenden Muster ab: Zunächst umriss der Wirtschaftsminister seine Lagebeurteilung. Dann referierte ein Vertreter des Ministeriums, meist einer der Staatssekretäre, die Details. Danach wurde der Vorsitzende des SVR gehört, um dann in die Diskussion mit den Verbänden einzusteigen.[38] Damit wurde die wissenschaftlich reflektierte, keynesianische Wirtschaftssteuerung in der Bundesrepublik etabliert und am 8. Juni 1967 im Stabilitätsgesetz kodifiziert, dessen Modi gesellschaftspolitischer Orientierung Pluralismus und Partizipation waren.[39]

35 Ebd.

36 Vgl. Hermann Adam, Die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik, Köln 1972, S. 18-21.

37 Vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 152-154; vgl. auch Metzler, Konzeptionen, S. 297-306.

38 Regelmäßig: DGB, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), BDA, BDI, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHT).

39 Vgl. Alexander Nützenadel, Stunde, S. 283-295; Tim Schanetzky, Ernüchterung, S. 81-91.

Die konzertierte Aktion unter dem Eindruck der Studentenbewegung und der neuen sozialen Bewegungen

Ihre erste fundamentale Infragestellung erfuhren die der konzertierten Aktion zugrunde liegenden Annahmen durch die Studentenbewegung. Von den politischen Eliten schon seit 1960 zu Partizipation und Austausch über die künftige, gesellschaftspolitische Orientierung der Nachkriegsgesellschaft aufgefordert, folgten die neue Linke und Studenten der Einladung zur Auseinandersetzung.[40] Dabei zeigten sie mit dem zielsicheren Spürsinn der Jugendbewegung Widersprüche und Inkonsistenzen in der demokratischen Selbstdarstellung ihrer jeweiligen Gesellschaften auf.[41] In teilweise überspitzter Form konfrontierten sie das »Establishment« mit seinen tatsächlichen und vermeintlichen Demokratiedefiziten.[42]

Im Kontext der konzertierten Aktion wurden bei aller Unterschiedlichkeit im Detail zwei Elemente relevant, welche die Protestbewegungen zwar nicht einten, ihnen aber doch gemein waren, und durch die sie zur Herausforderung für das korporative Gremium wurden. Zu nennen wäre zunächst die Kritik am Antikommunismus, für dessen Legitimierung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft die Totalitarismustheorie instrumentalisiert worden sei. Sozialismus würde offentsichtlich mit dem Stalinismus und dem sowjetischen Modell gleichgesetzt, andere Modelle, wie sie von der Rätebewegung in der Weimarer Republik oder vom kommunistischen Widerstand erdacht wurden, seien ausgeblendet worden. Diesen Traditionen müsse Gerechtigkeit widerfahren, und sie müssten als Beiträge eines besseren, antifaschistischen Deutschlands wiederbelebt und aufgegriffen werden. Damit eng verknüpft war die Kritik an den Strukturen der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die zu einem nicht unerheblichen Teil nach 1945 nur *restauriert* worden seien. Deshalb wären in sie ebenso wie in die Lebensstile und Charaktere autoritäre und faschistische Elemente eingelagert, die es zu überwinden gelte. Insbesondere die Institutionen wurden als Macht ausübende, von kapitalistisch-faschistischen Interessen beherrschte Strukturen begriffen, die es zu revolutionieren gelte.[43] Die Protagonisten der »Achtundsechziger«

40 Vgl. Habbo Knoch, »Mündige Bürger« oder: Der kurze Frühling einer partizipatorischen Vision. Einleitung, in: ders. (Hg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 9-53; Metzler, Konzeptionen, S. 264-288.

41 Vgl. Detlef Siegfried, Understanding 1968: Youth Rebellion, Generational Change and Postindustrial Society, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.), Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980, New York/Oxford 2006, S. 59-81.

42 Die Heterogenität von Studentenbewegung, »Achtundsechzigern« bzw. neuer Linke ist in ihren jeweiligen Ausprägungen und Entwicklungen ausführlich dargestellt worden. Vgl. z. B. Thomas Etzemüller, 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegung in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005; Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt a. M. 2008.

43 Exemplarisch für den Hintergrund dieser Kritik: Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1969; Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur

selbst wollten eine *bessere* Ordnung aufbauen, die anfangs in dialektischer Tradition eines *dritten Weges des Sozialismus* stand und die Etablierung einer Neuen Linken vorsah. Dabei gliederten sie sich zunächst in den allgemeinen Diskurs über Reformbedarf in der Demokratie, bei den Wertorientierungen und über einen anzuvisierenden Wertewandel ein. Bei den sich selbst als rational, modern und unideologisch begreifenden Reformern in der konzertierten Aktion machte sich Angst breit, die Jugend »re-ideologisiere« sich und gefährde damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die andere Seite hingegen sah sich einem »faschistoiden System« gegenüber, das zunehmend sein wahres Gesicht enthülle und bekämpft werden müsse.[44]

Mit dem Auslaufen der eigentlichen »Achtundsechziger«-Bewegung gewannen die Reformbewegungen an Gewicht. Der Blick richtete sich vermehrt auf den individuellen Lebensstil, woran auch die neuen sozialen Bewegungen anschlossen.[45] Ergebnis der Entwicklungen war ein gesteigertes Bewusstsein für Machtverhältnisse in den gesellschaftlichen Strukturen und ihre disziplinierende Wirkung auf das Individuum. Sie wurden hinterfragt, was durch den in Deutschland zunehmend rezipierten (Post-) Strukturalismus noch forciert wurde. Dieser betonte den Machtcharakter von Ordnungen insgesamt, relativierte die Möglichkeiten, eine vernünftige Ordnung zu schaffen, und stellte den Fortschrittscharakter »moderner Entwicklung« infrage.[46] Außerdem schlichen sich über die Frage nach Lebensqualität die Kosten des Fortschritts in die Diskussion ein. Neben Überlegungen, wie die Jugend wieder in die bundesrepublikanische Gesellschaft zu integrieren sei, fand vor allem die Diskussion über die Qualität des Lebens Eingang in die Verhandlungen der konzertierten Aktion. In der konzertierten Aktion fanden sich diese Entwicklungen spätestens seit Ende 1967 zunächst in Form eines allgemeinen, von der Studentenbewegung ausgelösten Unruhediskurses

Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Berlin 1967; Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, The Authoritarian Personality, New York 1950.

44 Vgl. Thomas Etzemüller, 1968, gesamt; Ingrid Gilcher-Holtey, 1968 in Deutschland und Frankreich: ein Vergleich, in: Etienne François et al. (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig 1997, S. 67-77; Christina von Hodenberg/Detlef Siegfried, Reform und Revolte. 1968 und die langen sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: dies. (Hg.), Wo »1968« liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 7-14; Christiane Kohser-Spohn, Mouvement étudiant et critique du fascisme en Allemagne dans les années soixante, Paris 1999; Bernd A. Rusinek, Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten, S. 114-147.

45 Vgl. Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M./New York 2008.

46 Vgl. Urs Jaeggi, Ordnung und Chaos. Der Strukturalismus als Methode und Mode, Frankfurt a. M. 1968; Günther Schiwy, Der französische Strukturalismus. Mode, Methode, Ideologie, Reinbek 1969; zur Problematik der Poststrukturalismusrezeption in Deutschland vgl. auch Klaus Lichtblau, Die poststrukturalistische Herausforderung, in: Richard Faber/Erhard Stölting (Hg.), Die Phantasie an die Macht? 1968 – Versuch einer Bilanz, Hamburg 2008, S. 256-269.

wieder.[47] Die an der konzertierten Aktion Beteiligten waren davon überzeugt, dass sie sich mit ihrer Kooperation endlich von jeder Ideologie verabschiedet hätten und sich nur noch von Rationalität und Vernunft leiten ließen. Vor diesem Hintergrund erschien ihnen die Studentenbewegung wie der Rückfall einer materiell verwöhnten Jugend in ein ideologisches Zeitalter. Dies wurde deshalb stark problematisiert, weil die Protagonisten der konzertierten Aktion der Jugend – insbesondere der studentischen Jugend – eine besondere zukünftige Rolle in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zuwiesen. Die nachrückende Generation sollte keinesfalls an die Ideologien verloren werden. Sie zeigten zunächst ostentativ Verständnis und sich selbst gesprächsbereit.[48] Innerhalb der konzertierten Aktion betonte Karl Schiller in Abgrenzung zu den revolutionären Bestrebungen der Student/-innen und der sich radikalisierenden Außerparlamentarischen Opposition (APO), dass gerade die Zusammenarbeit in der konzertierten Aktion deutlich mache, dass das wirtschaftliche Geschehen nicht, wie von der sozialistischen und marxistischen Theorie unterstellt, von anonymen Herrschaftsgruppen gesteuert werde. Es komme darauf an, die konzertierte Aktion als eine Form der gegenseitigen Konsultation auszubauen, die Kritik der Jugend konstruktiv aufzugreifen, Erstarrungen abzuwenden und die bestehende Ordnung evolutionär weiterzuentwickeln.[49] Hier hoffte Schiller einerseits auf den stabilisierenden, andererseits aber auch reformerischen Anspruch der konzertierten Aktion. Er trat aber auch Kritik von links, welche die konzertierte Aktion als Machtkartell begriff, entgegen. In seinen Stellungnahmen wird deutlich, dass von den Beteiligten der konzertierten Aktion durchaus Reformbedarf in der Bundesrepublik identifiziert und Defizite in der aktuellen Gesellschaft gesehen wurden. Schließlich hatte die Sozialdemokratie, nicht zuletzt durch Schillers wirtschaftspolitische Konzepte, das Feld der Zukunft semantisch besetzt. Die Defizite sollten frei von Ideologien mithilfe systematischer Planung behoben werden, um aus der Bundesrepublik einen modernen und zukunftsfähigen Staat zu machen.[50] So machte das DGB-Vorstandsmitglied Georg Neemann in seiner Ansprache zum 1. Mai deutlich, dass die Demokratie von der Bewegung lebe: »Demokratie ist

47 Vgl. Franz-Werner Kersting, »Unruhediskurs«. Zeitgenössische Deutungen der 68er-Bewegung, in: Mathias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung, S. 715-740.

48 Vgl. Kurt Georg Kiesinger, Aufgaben der Politik im modernen Verhältnis von Staat und Wirtschaft, in: Spannungsfeld Staat und Wirtschaft. Wirtschaftliche Verantwortung und politische Planung, hg. v. Deutschen Industrie- und Handelstag. Bonn 1968, S. 20-21; Ansprache des DGB-Vorstandsmitgliedes Georg Neemann am 1.5.1968 in Köln, Koblenz, BArch, B 102/93252.

49 Vgl. Bericht über das Gespräch im Rahmen der Konzertierten Aktion am 23.4.1968 im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAI001167; vgl. auch Karl Schiller, Zukunftsorientierte deutsche Wirtschaftspolitik. Angemessenes Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit durch stetige Evolution. Aufgeklärte Gesellschaft und aufgeklärte Marktwirtschaft mit Mut zu gesellschaftlichen Reformen, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 80 (1968), S. 701-704.

50 Christina von Hodenberg/Detlef Siegfried, Reform, S. 7-14; Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 141-149; Michael Ruck, Ein kurzer Sommer, S. 363-401.

keine Schlafdroge – Demokratie ist eine dauernde Herausforderung.«[51] Er distanzierte sich dabei aber ausdrücklich von jeder Form von Gewalt. Sie erzeuge einen Teufelskreis, der die »noch junge und keineswegs festgefügte Demokratie in seinen zerstörerischen Sog« ziehen könne. Die Studenten hätten berechtigte Anliegen. Die Sorge um die Verschleppung der Hochschulreform, ihr Entsetzen über den Vietnamkrieg, ihre Furcht vor einer Notstandsverfassung und ihre Warnung vor zu weitgehender Pressekonzentration seien Anliegen, die gehört und diskutiert werden müssten. Aber dafür dürfe nur das in der Verfassung verankerte Grundrecht zu demonstrieren genutzt werden. Gewalt sei absolut inakzeptabel.[52] Sie verstoße gegen die Spielregeln des Grundgesetzes.

Die Teilnehmer der konzertierten Aktion fürchteten die Revolutionsrhetorik der APO sowie ihre Gewaltbereitschaft und warfen ihr Irrationalität vor.[53] Was aber nicht bedeutete, dass die Kritikpunkte der Studierenden keinen Widerhall fanden. Insbesondere der DGB griff sie auf, wodurch sie Eingang in den Verhandlungen der konzertierten Aktion fanden. Prominentestes Beispiel war der Wunsch nach mehr Lebensqualität, der noch expliziter von den neuen sozialen Bewegungen formuliert wurde. In SPD und Gewerkschaften wurde rege über Lebensqualität in Abgrenzung zu Lebensstandard, der als rein materiell wahrgenommen wurde, und die Möglichkeiten eines qualitativen Wachstums diskutiert, was durch den Bericht des Club of Rome über die »Grenzen des Wachstums« zusätzlich belebt wurde.[54] Durch die Ölkrise, welche die Diagnosen des Berichts geradezu idealtypisch zu bestätigen schien, fanden Überlegungen Eingang in die politische Diskussion, welche die Zukunftsfähigkeit des gesamten Planeten, der Welt, für den Fall infrage stellten, dass man keine Wachstumsbeschränkung auferlegen würde.[55] Die Qualität des Lebens und des Wachstums erlangte da-

51 Ansprache des DGB-Vorstandsmitgliedes Georg Neemann am 1.5.1968 in Köln, Koblenz, BArch, B 102/93252.

52 Ebd.

53 Vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen, S. 151-153; in Bezug auf die Chronologie der Ereignisse 1968: Wolfgang Kraushaar, 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München 1998.

54 Hier nur exemplarisch für eine Flut von Publikationen: Erhard Eppler, Maßstäbe für eine humane Gesellschaft: Lebensstandard oder Lebensqualität?, Stuttgart 1974; Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens. Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland 11. bis 14.4.1972 in Oberhausen. Bd. 1: Qualität des Lebens, Frankfurt a. M. 1972; vgl. auch Konrad H. Jarausch, Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Onlineausgabe 3 (2006) [http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarausch-3-2006] (11.1.2010), S. 4-5; Wolfgang Schroeder, Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 243-265. Vgl. Dennis Meadows et al., Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

55 Vgl. Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.

durch noch einmal eine verstärkte Dringlichkeit.[56] Eine postindustrielle und postmaterialistische Gesellschaft schien aufzuziehen, deren Entstehen aber nicht mehr nur als Problem, sondern auch als Chance für die Zukunft begriffen wurde.[57] Zunehmend wurde eingefordert, die Frage der Nachhaltigkeit von politischen Maßnahmen in die Überlegungen mit einzubeziehen.[58] In den »Gewerkschaftlichen Monatsheften« machte Gerhard Leminsky den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Gewerkschaftspolitik und Lebensqualität deutlich und legitimierte ihn historisch: In seinen Augen sei es grundsätzlich und traditionell das Anliegen der Gewerkschaften, »die ›Lebensqualität‹ der abhängig Beschäftigten konkret« zu verbessern.[59]

Aber nicht nur beim DGB wurde die Frage der Lebensqualität und eines qualitativen Wachstums aufgegriffen. Auch die Arbeitgeberverbände setzten sich damit auseinander. So veröffentlichte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer 1973 seine Überlegungen zu einem »sozialen Modell«, in dem er sich an prominenter Stelle mit der Lebensqualität als einem immateriellen Bedürfnis auseinandersetzte.[60] Er machte deutlich, dass Lebensqualität und Lebensstandard keineswegs gleichzusetzen seien, begriff Erstere aber eher als zu weitreichendes, utopisch-ideologisches Programm.[61] Für Schleyer war die Diskussion über die Lebensqualität vor allem ein Versuch, die soziale Marktwirtschaft infrage zu stellen. Durch Investitionslenkung und Investitionskontrolle solle so die Freiheit, die er neben der Brüderlichkeit und Subsidiarität zum höchsten Wert der christlich-abendländischen Denktradition erhob, eingeschränkt werden. Unter dem Label von Gleichheit und Gerechtigkeit würde versucht, eine ungerechte Wirtschaftsordnung zu schaffen, die dann auch die Demokratie infrage stellt. Lebensglück war für Schleyer etwas Individuelles, die aktuelle Kategorie Lebensqualität hielt er für kollektivistisch.[62]

Im Verlauf der Auseinandersetzung mit den Positionen der Studenten und der neuen sozialen Bewegungen sowie den durch die Krise des Währungssystems von Bretton Woods offensichtlich gewordenen Grenzen wissenschaftlicher Prognostik, auf die im Folgenden noch einzugehen sein wird, setzte sich seit etwa 1975 die Überzeugung durch, dass es ein essenzielles Gemeinwohl nicht gebe. Stattdessen fanden nun Überlegungen Eingang, die besagten, das Gemeinwohl sei Ergebnis eines delibe-

56 Vgl. 18. Januar 1973: Bundeskanzler Willy Brandt, in: Klaus von Beyme (Hg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München 1979, S. 296-304.

57 Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977; vgl. auch Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Boom, S. 61-66.

58 Vgl. Armin Grunwald/Jürgen Kopfmüller, Nachhaltigkeit, Frankfurt a. M. 2006.

59 Gerhard Leminsky, Gewerkschaften und Planung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 24 (1973), S. 758-766.

60 Hanns-Martin Schleyer, Das soziale Modell, Stuttgart 1973.

61 Vgl. ebd., S. 37-38.

62 Vgl. ebd., S. 42.

rativen Prozesses.[63] Jeder Konsens sei nur temporär sowie partiell und könne damit im Grunde nur ein Kompromiss sein. Durch diese Erkenntnis veränderte sich der Charakter der konzertierten Aktion und korporativer Gremien fundamental.

Die konzertierte Aktion und die Grenzen wissenschaftlicher Expertise

Seit Ende 1967 wurden Bundesrepublik und konzertierte Aktion von den Ausläufern der Krise des Währungssystems von Bretton Woods erreicht.[64] Ihre Auswirkungen fielen ganz anders aus als vom Sachverständigenrat erwartet. Große Mengen spekulativen Auslandskapitals flossen nach Deutschland, sodass das Wirtschaftswachstum alle Erwartungen übertraf. Da sich die Tarifparteien an niedrigen Projektionen des Sachverständigenrates orientiert hatten, baute sich in der Lohnpolitik jedoch ein Problem auf.[65] Die Tarifabschlüsse blieben hinter der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung zurück, sodass sich spätestens ab März 1968 ein Lohn-lag abzuzeichnen begann.[66] In den Augen der Zeitgenossen öffnete sich eine außenwirtschaftliche Flanke der Globalsteuerung, mit der niemand gerechnet hatte. Diese galt es aber unbedingt zu schließen, weil von ihr Inflation drohte, die als negative Erfahrung noch im kollektiven Gedächtnis verankert und deshalb gefürchtet war. Den Beteiligten der konzertierten Aktion war bewusst, dass die Turbulenzen in der nationalen Wirtschaftsentwicklung durch die »Weltwährungskrise« von Bretton Woods verursacht wurden. Darüber, wie ihnen beizukommen sei, herrschte aber Unsicherheit.[67] Die Folgen der Fehlprognosen waren zunächst das Lohn-lag, dann im September 1969 wilde Streiks, durch die das Vertrauen in die mit dem Versprechen der Rationalität und Planungssicherheit angetretenen Zielprojektionen des Sachverständigenrates erschüttert wurde. Es wurde offensichtlich, dass die Prognosefähigkeit des Sachverständigenrates bei allem wissenschaftlichen Fortschritt doch begrenzt war. Langsam traten die auch wissenschaftlichen Erkenntnissen innewohnenden Mehrdeutigkeiten, Interpretationsspielräume und Parteilichkeiten deutlicher zu Tage. Der »Autoritätsverfall der Orien-

63 Vgl. Jürgen Habermas, Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie, in: Herfried Münkler (Hg.), Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München/Zürich 1992. S. 11-24.

64 Vgl. Christoph Buchheim, Von altem Geld zu neuem Geld. Währungsreformen im 20. Jahrhundert, in: Reinhard Spree (Hg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 141-156.

65 Bericht über das Gespräch im Rahmen der Konzertierten Aktion am 16.12.1968, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAI001168.

66 Vgl. Bericht über das Gespräch im Rahmen der Konzertierten Aktion am 7.3.1968 im Bundeswirtschaftsministerium, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAI001167.

67 Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt a. M. 1969.

tierungsdaten« setzte ein.[68] Zunächst hofften die Beteiligten noch, durch mehr Informationen mehr Wissen zu erlangen.[69] Die Erhöhung des Informationsniveaus brachte aber nicht das von den Beteiligten erhoffte Ergebnis. Stattdessen wurde der Dissens über das anzustrebende Lohn- und Preisniveau permanent.[70] Der Sachverständigenrat erlitt einen Reputationsverlust. Seine Fähigkeit, Richtlinien für sachlich richtige, rationale Entscheidungen vorzugeben, wurde bezweifelt, seine Ergebnisse einer zunehmenden Kontrolle durch die verbandseigenen Think-Tanks unterzogen. Gegengutachten und der wissenschaftlich geführte Kampf um Deutungshoheit fanden so Eingang in die Verhandlungen der konzertierten Aktion.[71] Informationen und Wissensbeziehungsweise Rationalitätsgewinn schienen einer Problematisierung zu bedürfen. So griff Anfang der 1970er-Jahre die Erkenntnis Raum, dass viele Informationen nicht zwangsläufig mehr Wissen erzeugen mussten, sondern dass den Kapazitäten, Informationen zu verarbeiten, Grenzen gesetzt waren. Zunehmend stellte sich die Frage, wie eine sinnvolle Informationsauswahl zur »Komplexitätsreduktion« zu treffen sei. Die Zeitgenossen fühlten sich »[m]aßlos informiert«.[72] So erklärte Helmut Schlesinger Ende 1970, die Öffentlichkeit sei mit Prognosen geradezu überschüttet worden, ohne dass dadurch mehr Wissen erlangt worden sei.[73] In weniger als zwei Jahren hatten die wissenschaftlichen Projektionen viel von ihrem Zauber eingebüßt. Statt wissenschaftlicher Eindeutigkeit und Rationalität, die sie einmal zu versprechen schienen, waren sie in die Niederungen des gesellschaftlichen und politischen Interessenkampfes abgesunken. Sie galten zunehmend als subjektiv, interessengeleitet, interpretier- und verhandelbar.

---

68 Helmut Siekmann, Institutionalisierte Einkommenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Gesetzliche Regelung und bisherige Praxis, München 1985, S. 59.

69 Vgl. Bericht zur Konzertierten Aktion am 20.6.1969, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGA I001168; Sprechzettel Konzertierte Aktion am 20.6.1969, Koblenz, BArch, B 102/93244; Material zur Konzertierten Aktion von der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB v. 30.5.1969, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAI001168; Gegenüberstellung von Vorausschätzungen für 1969, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, DGAI001168; Wagner an die Mitglieder des Präsidiums und des Vorstandes des BDI am 26.6.1969 betr. Ergebnis des Gesprächs im Rahmen der Konzertierten Aktion am 20.6.1969, Berlin, BDI-Archiv, KKW 36, Karton 702; vgl. auch Siekmann, Einkommenspolitik, S. 59-64; Rolf Seitenzahl, Einkommenspolitik durch konzertierte Aktion und Orientierungsdaten, Düsseldorf 1973, S. 119-143; ders., Gewerkschaften zwischen Kooperation und Konflikt. Von einer quantitativen Tariflohnpolitik zur umfassenden Verteilungspolitik, Frankfurt a. M. 1976, S. 28-35.

70 Vgl. Werner Schmidt, Der Wandel der Unternehmerfunktionen in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Einfluß der Konzertierten Aktion, Berlin 1974, S. 121.

71 Vgl. Sprechzettel Konzertierte Aktion 12.1.1970, Koblenz, BArch, B 102/93245; Kommuniqué zum Gespräch im Rahmen der Konzertierten Aktion v. 12.1.1970, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAI001979.

72 Karl Steinbuch, Maßlos informiert. Die Enteignung unseres Denkens, Berlin 1978.

73 Vgl. Schlesinger [o. Vn.], Probleme der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1971, 30.12.1970, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCU000051.

Gleichzeitig war ein Ergebnis dieser Entwicklung ein gesteigertes Bewusstsein für die Vernetzung der Welt. Die Kategorie Welt gewann an Gewicht. In die Verhandlungen wurden zunehmend die Weltwirtschaft, die Weltkonjunktur und der Welthandel als zu berücksichtigende Größen einbezogen. Die Krise des Systems von Bretton Woods vermittelte den Akteuren den Eindruck, Teil einer Weltwirtschaft zu sein. Plötzlich taten sich für die Akteure in ihren Situationsanalysen überall Interdependenzen auf.[74] Die Erwartungen an die konzertierte Aktion veränderten sich und der internationale Vergleich gewann implizit und explizit an Bedeutung, was vor allem beim Problem des Strukturwandels, vor das sich die Teilnehmer der konzertierten Aktion zunehmend gestellt sahen, ins Gewicht fiel.

Die konzertierte Aktion und der Strukturwandel

Der wirtschaftliche Strukturwandel gewann in der konzertierten Aktion zunächst vor allem im Arbeitskreis Automation an Bedeutung. Er war eingerichtet worden, um die Bearbeitung der technischen Entwicklungen sowie ihrer sozialen Folgen zu verbessern, indem er die bisherigen Bemühungen des Bundeswirtschaftsministeriums in Sachen Automation ergänzen und bündeln sollte.[75] Er knüpfte an eine schon länger laufende Debatte an. Die Teilnehmer an der konzertierten Aktion waren zu diesem Zeitpunkt davon überzeugt, dass die Automation – die als Begleiterscheinung des Strukturwandels gesehen wurde – diejenigen Arbeitsplätze, die sie vernichtete, an anderer Stelle wieder neu schaffen werde. Es sollte deshalb vornehmlich darum gehen, die Arbeitskräfte in die neu entstehenden Stellen zu lenken und so den Automatisierungsprozess *human* zu gestalten. Um die Härten und Einseitigkeiten der ersten Rationalisierungswelle der 1920er-Jahre zu vermeiden, sollten die Menschen künftig gezielt auf die neuen Aufgaben vorbereitet werden. So sollte dem wirtschaftlichen Strukturwandel und der hier inhärenten Vorstellung der Drei-Sektoren-Hypothese, die von einem evolutionären, sektoralen Wandel von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ausging, Rechnung getragen werden.[76] Die evolutionär gedachte Erwartung einer fortschrittlichen Entwicklung zu einer modernen Gesellschaft, wie sie die Modernisierungstheorien grundsätzlich prägte, schlug sich hier ebenso nieder wie

74 Vgl. Robert O. Keohane/Joseph S. Nye (Hg.), Transnational Relations and World Politics, Cambridge (MA) 1972; Richard Rosecrance/Arthur Stein, Interdependence: Myth and Reality, in: World Politics 26 (1973/74), S. 1-27.

75 Sitzung der Konzertierten Aktion am 9.11.1967, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAY Altsignatur 24/6294.

76 Vgl. Jean Fourastié, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 1954; Otto Brenner, Für eine bessere Welt. Aufsätze zur Gewerkschaftspolitik, Frankfurt a. M. 1970, S. 22-34; Walter Buckingham, Automation und Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1961; Karl Trabalski, Automation – neue Aufgaben für Betriebsräte und Gewerkschaften, Köln 1967.

die Vorstellung, die Entwicklung möglichst friktionsfrei steuern zu können und zu müssen.[77] Um die notwendige wissenschaftliche Erkenntnis und ausreichend Informationen über die künftige Entwicklung zu gewinnen, stieß der Arbeitskreis Automation 35 Forschungsprojekte an. 1971 wurde er unter dem Namen Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ausgeweitet. Er sollte so von der Bundesregierung unabhängiger werden und externe Beraterfunktionen übernehmen.[78]

Denn zu Beginn der 1970er-Jahre gewann die Frage nach dem Strukturwandel und den Strukturen der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich noch weiter an Bedeutung. Grund dafür waren nicht zuletzt die steigenden Arbeitslosenzahlen, bei denen schon früh gefragt wurde, ob es sich um eine »strukturelle Arbeitslosigkeit« handle und wie ihr beizukommen sei.[79] Die Diskussion um die sogenannte Phillips-Kurve, aus deren Interpretation die zu treffenden Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit abgeleitet werden sollten, wurde zu einem Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen zwischen Vertretern von Angebots- und Nachfrageökonomie, zwischen monetaristischen und keynesianischen Erklärungsmodellen. Seit Januar 1974 wurde die Phillips-Kurve in der konzertierten Aktion heftig diskutiert. Während der DGB in Anlehnung an die modifizierte Phillips-Kurve nach Keynes forderte, ein gewisses Maß an Inflation zu akzeptieren und die Arbeitslosigkeit durch öffentliche Aufträge zu bekämpfen, bestritten Sachverständigenrat, Arbeitgeberverbände und Bundesbank im Anschluss an Milton Friedman, dass Geldpolitik überhaupt Einfluss auf den Beschäftigungsgrad nehmen könne.[80] Bundeswirtschaftsminister Friderichs trat seit 1974 für »Mut zum Markt« ein, propagierte eine »Globalsteuerung – ohne Wunderglauben«, lehnte eine direkte Mengensteuerung aber ab.[81] An diese Debatte schloss die Frage an, ob der Arbeitslosigkeit mit einer Strukturpolitik beizukommen sei, und auch hier schieden sich die Geister: Bundesregierung, Arbeitgeberverbände und Sachverständigenrat wollten mehr Investitionsanreize schaffen, um so durch eine verbesserte Gewinnerwartung bei den Unternehmern deren Investitionstätigkeit zu verbes-

77 Vgl. Alexander Gerschenkron, Wirtschaftliche Rückständigkeit in Historischer Perspektive, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Geschichte und Ökonomie, Köln 1973, S. 121-139; Walt W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1960; vgl. auch Hans van der Loo/Willem van Reijen, Modernisierung. Projekt und Paradox, München 1992.

78 Vgl. Axel Dorscht, Concerted Action. Labour's Corporatist Strategy in the Federal Republic of Germany, 1967–1977, Ottawa 1988, S. 145-146; Tim Schanetzky, Ernüchterung, S. 171-177.

79 Vgl. Claus Offe (Hg.), Opfer des Arbeitsmarktes. Zur Theorie der strukturierten Arbeitslosigkeit, Neuwied 1977; Werner Sengenberger, Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit – ein Strukturproblem des Arbeitsmarkts, Frankfurt a. M. 1978; Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel? Referate, gehalten auf der Technologie-Tagung der IG Metall, 24./25.5.1977 in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1977.

80 Staatssekretär Schlecht an Minister, 8.1.1974, Koblenz, BArch, B 102/136757; DGB-Presseerklärung v. 10.1.1974, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000088.

81 Hans Friderichs, Mut zum Markt. Wirtschaftspolitik ohne Illusionen, Stuttgart 1975, S. 11-20.

sern, die Wirtschaft anzukurbeln und über die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums auch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.[82]

Der DGB stand solchen Vorhaben ablehnend gegenüber. Er fürchtete, dass die Unternehmer nur Rationalisierungsinvestitionen tätigen und keine Arbeitsplätze schaffen würden. Außerdem würden so unwirtschaftliche Unternehmen künstlich am Leben gehalten, was notwendige Prozesse des »Strukturwandels« blockiere.[83] Die Gewerkschaften forderten deshalb eine planende Struktur-, Arbeitsmarkt- und Kreditpolitik.[84] Es bedürfe innerer Reformen im Rahmen eines Langzeitprogramms, ähnlich dem Orientierungsrahmen '85 der SPD.[85] In der 25. Sitzung stimmten die Vertreter des Wirtschaftsministeriums und der Unternehmer grundsätzlich zu, ein Langzeitprogramm zu entwickeln, das aber nicht zustande kam.[86] Auf gewerkschaftlicher Seite waren diese Überlegungen eng verknüpft mit dem Versuch, Einfluss auf die Verteilung von Subventionen und die Lenkung von Investitionen zu erlangen. Der Strukturplan sollte dazu beitragen, den Strukturwandel sozial verträglich zu steuern, Investitionen in Zukunftsindustrien zu leiten und die Wettbewerbspolitik zu ihrer Steuerung zu nutzen, denn: »Strukturelle Störungen können auch nicht oder sollten auch nicht durch Konservierung kranker Unternehmen geheilt werden«.[87] Die Gewerkschaften wiesen dem Staat eine steuernde Rolle bei der Strukturpolitik zu. Ihm sollte es obliegen, mithilfe wissenschaftlicher Studien zu entscheiden, welche Wirtschaftsbereiche, Industrien und Branchen zukunftsfähig und deshalb durch Investitionen sowie Subventionen zu fördern sein sollten. Wirtschaftsminister Friderichs vertrat demgegenüber die Auffassung, dass in der Marktwirtschaft die Steuerung der sektoralen Strukturen im Hinblick auf Effizienz und die Erhaltung der autonomen Entscheidungsfähigkeit der Marktakteure nur durch den Markt erfolgen dürfe. Er betonte, dass der Staat diese Steuerung nicht übernehmen dürfe, sondern sich darauf beschrän-

82 Vgl. Erklärung des Bundesministers für Wirtschaft Dr. Hans Friderichs im 37. Gespräch der Konzertierten Aktion am 24.2.1976, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000087; vgl. auch Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Hg.), Mit Wachstum gegen Arbeitslosigkeit. Strategie zur Rückgewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes, Köln 1977.

83 Zur Ambivalenz des Strukturwandels vgl. Karl Lauschke, Von der Krisenbewältigung zur Planungseuphorie. Regionale Strukturpolitik und Landesplanung in Nordrhein-Westfalen, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung, S. 451-471.

84 Vgl. Gewerkschaftliche Entschließung zur Berücksichtigung im Kommuniqué, 17.9.1971, Bonn, AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAI001979; Protokoll der Konzertierten Aktion am 10.3.1972, Bonn, AdsD, DGB-Archiv, 5/DGCU000051; Wagner an Präsidium und Vorstand des BDI betr. die Konzertierte Aktion am 10.3.1972, Berlin, BDI-Archiv, KKW 36, Karton 702.

85 Vgl. Peter von Oertzen/Horst Ehmke/Herbert Ehrenberg (Hg.), Orientierungsrahmen '85. Text und Diskussion, Bonn 1976.

86 Vgl. Vetter an Schiller, 13.6.1972, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCU000051; Wolf-Dietrich Lutz, Die Konzertierte Aktion als Beispiel für den Konflikt zwischen marktwirtschaftlicher Ordnung und staatlicher Planung, Tübingen 1973, S. 124-127.

87 Vgl. Vorbesprechung zur KA am 17.9.1971 Abt. Wirtschaftspolitik, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAI001979.

ken solle, Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Strukturentwicklung und den Strukturwandel zu schaffen. Ein Strukturentwicklungsplan, wie er vom DGB gefordert werde, könne dem »generellen Informationsengpaß« nicht abhelfen.[88] Prognosen über künftige Branchenentwicklungen seien vom Staat nicht leistbar.[89] Insgesamt behielt die Regierung aber einen mittleren Kurs zwischen keynesianischen Maßnahmen, Strukturpolitik und Unterstützung der Bundesbank bei ihrer Politik der Verstetigung der Geldmengenexpansion bei, für den sie vom Internationalen Währungsfonds (IWF) wegen ihrer Erfolge gelobt wurde.[90] So hielten sich Keynesianismus und Monetarismus beide in der Diskussion, und die getroffenen Maßnahmen wurden aus der Perspektive beider Konzepte diskutiert und kritisiert.[91] Trotz der ursprünglich so engen Verknüpfung der konzertierten Aktion mit dem Keynesianismus führten deren Schwierigkeiten nicht dazu, das korporative Gremium infrage zu stellen. Im Gegenteil: Erst für die in ihrer Ausrichtung und Reichweite veränderte konzertierte Aktion und die mit ihr verknüpfte Wirtschaftsordnung wurde der Topos vom Modell Deutschland geprägt.

Der Aufstieg des Modells Deutschland

Gerade die erweiterte, internationale Perspektive führte dazu, die eigene ökonomische Situation in die weltwirtschaftliche Gesamtschau einzuordnen und sich zunehmend international zu vergleichen. Dadurch kamen die wirtschaftspolitischen Akteure in der Bundesrepublik zu dem Ergebnis, dass die Bundesrepublik in der Wirtschaftskrise im internationalen Vergleich gut dastehe, wofür unter anderem die Kooperationsbereitschaft der Sozialpartner verantwortlich sei.[92] Die Sozialpartnerschaft und die Kooperation in der konzertierten Aktion wurden zu Grundpfeilern des Erfolgsmodells Deutschland erklärt, dem trotz der weltweiten Wirtschaftskrise und der um sich greifenden Stagflation eine relativ gute wirtschaftliche Performanz gelungen

88 Erklärung des Bundesministers für Wirtschaft Dr. Hans Friderichs im 37. Gespräch der Konzertierten Aktion am 24.2.1976, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000087; DGB-Presseerklärung zur Konzertierten Aktion v. 24.2.1976, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000087 [Herv. i. Orig., A. R.].

89 Vgl. ebd.

90 Leitfaden für die Gesprächsführung beim 32. Gespräch im Rahmen der Konzertierten Aktion am 24.9.1974, Koblenz, BArch, B 102/136758.

91 Vgl. Konzepte zur Stabilisierungspolitik, Koblenz, BArch, B 102/136758; Niederschrift über die 36. Sitzung im Rahmen der Konzertierten Aktion am 25.11.1975, Berlin, BDI-Archiv, KKW 37, Karton 701; Sitzung der Konzertierten Aktion am 25.11.1975, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000089; Niederschrift über das 37. Gespräch im Rahmen der Konzertierten Aktion am 24.2.1976, Berlin, BDI-Archiv, KKW 37, Karton 701.

92 Vgl. ebd.; vgl. auch Bericht über die 31. Sitzung der Konzertierten Aktion am 27.6.1974, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000088.

sei. So betonte Hans Friderichs, dass die deutschen Gewerkschaften mit ihrem Verhalten trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation ein soziales Klima mitgetragen hätten, das international bewundert werde und bisher ohne Scharfmacherei ausgekommen sei.[93] Seit 1975 wurden das Modell Deutschland und die positiven Effekte der Sozialpartnerschaft so massiv beschworen, weil gefürchtet wurde, von der sogenannten »Englischen Krankheit« befallen zu werden.[94] Gemeint war die Situation Großbritanniens, das bei niedrigem Wachstum von massiven Arbeitskämpfen erschüttert wurde, die in Kombination mit dem *Closed Shop*, der explizit als Strukturdefizit erlebt wurde, als extreme Belastung für die englische Wirtschaft galten.[95] Otto Schlecht hielt 1975 fest, dass »einige englische Bazillen den deutschen Wirtschaftskörper befallen« hätten, »der aber robust genug sei, sie abzuwehren«.[96] Im Vergleich zu England schien das Modell Deutschland stabiler und krisenresistenter zu sein. Insbesondere die geringere Konfliktquote in den sozialen Beziehungen wurde als Pluspunkt des deutschen Wirtschaftssystems begriffen. Der Neokorporatismus schien die Institution zu sein, die mit den Krisen der 1970er-Jahre am erfolgreichsten umzugehen wusste.[97] Damit schien er sich als Lösung für das Problem der Unregierbarkeit zu beweisen.[98] Scheinbar verlief die Implementation von Politiken in korporativ organisierten Staaten erfolgreicher.[99] Mit dieser Sichtweise trat die integrierende und stabilisierende Wirkung des Korporatismus wieder stärker in den Vordergrund. Der soziale Konsens in der konzertierten Aktion galt als international beispielhaft.[100] Welchen positiven Stellenwert der Neokorporatismus und das mit ihm eng verknüpfte Modell Deutschland 1976 noch hatte, zeigte auch die Wahlkampfkampagne der SPD, die mit dem Modell Deutschland und der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland von

93 Sitzung der Konzertierten Aktion am 6.6.1975, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000088.

94 Dominik Geppert, Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979, Berlin 2000, S. 197-218.

95 Für die Details vgl. ebd., S. 145-226.

96 Sitzung der Konzertierten Aktion am 6.6.1975, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000088.

97 Vgl. u. a. Ralf Dahrendorf (Hg.), Trendwende. Europas Wirtschaft in der Krise, München 1981; Fritz W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt a. M. 1987, S. 19-23.

98 Jens Hacke, Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 188-206.

99 Die Literatur zum Neokorporatismus vermehrt sich seit den 1970er-Jahren exponenziell. Exemplarisch: Klaus von Beyme, Der Neo-Korporatismus und die Politik des begrenzten Pluralismus in der Bundesrepublik, in: Jürgen Habermas (Hg.), Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«. Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt a. M. 1979, S. 229-262; Philippe C. Schmitter/Gerhard Lehmbruch (Hg.), Trends Toward Corporatist Intermediation. Beverly Hills/London 1979; Ray E. Pahl/Jack T. Winkler, The Coming Corporatism, in: New Society, 10.10.1974, S. 72-76.

100 Vgl. Niederschrift über die 39. Sitzung im Rahmen der Konzertierten Aktion am 11.1.1977, Berlin, BDI-Archiv, KKW 37, Karton 701; Hans Friderichs, Rede anlässlich der Eröffnung der Deutschen Industrieausstellung Berlin am 18.9.1976 in Berlin, in: Reden zur Wirtschaftspolitik. Bd. 6, hg. v. Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1977, S. 67-75; vgl. auch Axel Dorscht, Concerted Action, a. a. O.

den internationalen Krisen viel weniger erfasst worden sei als andere Staaten, warb und damit die Wahl gewann.[101] Daran änderte auch das abrupte Ende der konzertierten Aktion am 5. Juli 1977 wegen der Mitbestimmungsklage der BDA beim Bundesverfassungsgericht zunächst nichts.[102] Ein korporatives Gremium wurde im Grundsatz von den Beteiligten immer noch für durchaus sinnvoll gehalten. So erklärte Hans-Günther Sohl rückblickend, dass er bei allen Schwächen die konzertierte Aktion für eine nützliche und erhaltenswerte Einrichtung halte.[103] Außerdem gab es verschiedene Vorstöße, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.[104]

Fazit

Als sich herausstellte, dass die durch wissenschaftliche Modellrechnungen gewonnenen Erkenntnisse über zukünftige Entwicklungen die erhoffte Eindeutigkeit vermissen ließen, wurde der Fortschrittsoptimismus – die dieser Sichtweise zugrunde liegenden Modernisierungstheorie – in seinen Grundfesten erschüttert. Rationalität, Ideologiefreiheit, Modernisierung und Fortschritt, die als unzweifelhafte Werte gegolten hatten, wurden mit ihrem implizit ideologischen Charakter konfrontiert, und die Grenzen menschlicher Erkenntnis- und Handlungsfähigkeit rückten ins Bewusstsein. Informationen und der Wissens- beziehungsweise Rationalitätsgewinn schienen einer grundlegenden Problematisierung zu bedürfen. So griff seit Mitte der 1970er-Jahre die Erkenntnis Raum, dass den Kapazitäten, Informationen zu verarbeiten, Grenzen gesetzt waren. Vernunftkritik war weit verbreitet. Die Erkenntnis, dass das Gemeinwohl deliberativ sei, brach sich Bahn und ermöglichte dadurch ein bisher ungekanntes Ausmaß an Heterogenität und Pluralität in der Gesellschaft. Die Akteure waren nicht länger der Meinung, dass jeder Konflikt beigelegt oder verregelt werden müsse, son-

101 Vgl. 16. Dezember 1976: Bundeskanzler Helmut Schmidt, in: Klaus von Beyme (Hg.), Regierungserklärungen, S. 341-392; Thomas Hertfelder, »Modell Deutschland« – Erfolgsgeschichte oder Illusion?, in: Thomas Hertfelder/Andreas Rödder (Hg.), Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion, Göttingen 2007, S. 9-10.

102 Vgl. DGB-Pressemitteilung v. 1.7.1977 »DGB nimmt an Konzertierter Aktion nicht teil«, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000087.

103 Vgl. Hans-Günther Sohl, Notizen, Düsseldorf 1983, S. 279.

104 Vgl. Notizen zu einem Interview im deutschen Fernsehen über die Konzertierte Aktion im Januar 1978, Berlin, BDI-Archiv, KKW 35, Karton 702; Bericht aus Bonn: »Angeschlagen«. Was sie war, was sie ist: die Konzertierte Aktion, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000087; Auszug aus dem Protokoll der 77. GBV-Sitzung am 21.7.1977, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000087; Vermerk für Herrn Petersen für Seminar in Interlaken: »Das Verhältnis der Spitzenverbände zu ihren Regierungen und zu den Sozialpartnern« am 5.4.1978, Berlin, BDI-Archiv, KKW 35, Karton 702; Rede des Bundesministers für Wirtschaft Dr. Otto Graf Lambsdorff anlässlich der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände NRW e. V. am 29.5.1978, Bonn, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGCS000087; 4.5.1979 Bericht über Besprechung im Bundeswirtschaftsministerium über Belebung der Konzertierten Aktion, Berlin, BDI-Archiv, KKW 35, Karton 702.

dern akzeptierten ihn zunehmend als konstitutiven Teil gesellschaftlicher Prozesse. Zwar waren auch im Konzept der Globalsteuerung Konflikte grundsätzlich vorgesehen gewesen. Während aber früher noch davon ausgegangen worden war, dass am Ende der Verhandlungen ein von kollektiver Vernunft und rationaler Erkenntnis getragener Konsens stehen würde, wurde spätestens seit 1975 zunehmend deutlich, aber auch akzeptiert, dass als Ziel von konstruktiven Verhandlungen immer nur ein zeitlich und inhaltlich begrenzter Kompromiss angestrebt werden konnte. Die Zahl der Deutungsangebote, Welt erklärender Modelle und Konzepte, die mehr oder weniger gleichberechtigt nebeneinanderstanden, wuchs, sodass von der Durchsetzung eines bestimmten Paradigmas, auf dass sich die Positionen in der Gegenwartsdiagnose wieder vereinigen ließen, im Grunde nicht mehr gesprochen werden kann. Das Vertrauen in die Kompetenz des Staates, Probleme zu lösen beziehungsweise seine künftige Rollenzuschreibung fiel dabei unterschiedlicher aus als in den Jahren zuvor. Mit dem Fortschritt wurde auch die Idee, der dialektische Prozess münde in eine fortschrittliche Entwicklung, infrage gestellt. Das Individuum gewann gegenüber dem Kollektiv zunehmend an Bedeutung. Das Gewicht im politischen Prozess verlagerte sich vom Utopie geleiteten, planenden Agieren hin zur möglichst systematischen, wissenschaftlich fundierten und differenzierten Gegenwartsdiagnose, auf die so sinnvoll wie möglich reagiert werden sollte. Dabei blieb das Wissen um die eigenen Erkenntnisgrenzen und eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten präsent. Das hatte auch Rückwirkungen auf den Korporatismus und läutete meines Erachtens das Ende des modernen Makrokorporatismus ein. Denn obwohl mit dem Ende der konzertierten Aktion die Ära des Neokorporatismus noch keineswegs zu Ende ging, hat sich der Charakter der korporativen Gremien fundamental verändert. Während alle korporativen Gremien, die zwischen 1880 und 1975 installiert wurden, dazu dienen sollten, Konflikte zu reduzieren, Gesellschaft und Wirtschaft besser zu kontrollieren, mehr Partizipation und soziale Sicherheit in Aussicht zu stellen, um so die Integration der Gesamtgesellschaft zu verbessern, sind die Ziele aller folgenden Korporatismen niedriger gesteckt. Alle folgenden Neokorporatismen waren entweder auf der Meso- oder Mikroebene angesiedelt beziehungsweise haben sich auf ausgewählte Politikfelder wie die Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik beschränkt. So wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass der Traum vom gesamtgesellschaftlichen, rationalen Konsens, dessen Integration durch ein makrokorporatives, nationalökonomisch-orientiertes Gremium sichergestellt werden sollte, ausgeträumt war.

Das Staats- und Gesellschaftsverständnis hatte sich so gravierend verändert, dass ein so weit reichender und umfassender Anspruch nicht mehr haltbar war. Mir erscheint dieser Einschnitt so gravierend, dass ich es für legitim halte, davon zu sprechen, dass in den 1970er-Jahren ein Strukturbruch entstand, den ich aber stärker auf der Ebene der Gesellschaftsdiagnose und Wirklichkeitsinterpretation verorten würde, die meines Erachtens – und für die konzertierte Aktion ließ sich das auch belegen – den wirtschaftlichen Strukturbruch und gesellschaftlichen Wandel erst nach sich zogen.